



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 123. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Januar 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über das Ausbildungszentrum für Verwaltung (Ausbildungszentrumsgesetz – AZG).....	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3570 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/5834	
2. Stellenbesetzung in der Steuerverwaltung – Maßnahmen zur Verstärkung der Personalkapazitäten.....	5
Umdruck 20/5932	
3. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2024 bis 2028 Fortschreibung der Finanzplanung bis 2033.....	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2762	
b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2025 bis 2029 Fortschreibung der Finanzplanung bis 2034.....	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/3712	
4. Information/Kenntnisnahme.....	8
Umdruck 20/5748 – Lohnsteuerstellen	
5. Verschiedenes.....	9

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes über das Ausbildungszentrum für Verwaltung (Ausbildungszentrumsgesetz – AZG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/3570](#)

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck [20/5834](#)

(überwiesen am 26. September 2025)
hierzu: Umdrucke [20/5407](#), [20/5460](#), [20/5464](#), [20/5467](#), [20/5495](#),
[20/5497](#), [20/5498](#), [20/5505](#), [20/5679](#), [20/5731](#)

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies stellt Herr Jezek, Referatsleiter in der Staatskanzlei, klar, für die Ausbildungen und Prüfungen im Ausbildungszentrum gälten selbstverständlich die bundesrechtlichen Bestimmungen, also auch das Steuerbeamtenausbildungsgesetz (§ 10 und § 32 des Ausbildungszentrumsgesetzes). Das Kuratorium entscheide wie bisher über die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten und nicht wie ursprünglich geplant über Höhergruppierungen (§ 12).

Der Vorsitzende bittet um nähere Informationen zu den mit der neuen Finanzarchitektur/Wirtschaftsführung verbundenen Mehrkosten des Ausbildungszentrums.

Herr Jezek macht darauf aufmerksam, dass der Haushalt des Ausbildungszentrums durch die Neuausrichtung transparenter werde (§ 4). Eine Mehrbelastung entstehe durch die Einschaltung einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Abgeordnete Raudies wünscht sich, dass auch das Land seine Wirtschaftsprüfung eines Tages im Sinne von Haushaltswahrheit und -klarheit auf das System der Doppik umstelle.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf mit der Änderung aus Umdruck [20/5834](#) anzunehmen.

2. Stellenbesetzung in der Steuerverwaltung – Maßnahmen zur Verstärkung der Personalkapazitäten

Umdruck [20/5932](#)

Finanzstaatssekretärin Richter hält den Bericht (Sprechzettel, Umdruck [20/5932](#)). Auf Fragen aus dem Ausschuss nennt sie für das Jahr 2025 folgende Zahlen: Errechneter Personalbedarf 4.434,9 Stellen, 3.703 Stellen im Haushalt, 3.286,66 besetzte Stellen, Arbeits-Ist 3.160,11 Vollzeitäquivalente. Im Jahr 2025 seien in Laufbahngruppe 1.2 91 von 100 Ausbildungsplätzen besetzt gewesen und in Laufbahngruppe 2.1 123 von 140 Plätzen; im Jahr 2024 seien in Laufbahngruppe 1.2 101 Ausbildungsplätze besetzt gewesen und in Laufbahngruppe 2.1 ebenfalls 101 Plätze.

Herr Ramm, Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium, teilt mit, im Durchschnitt schafften fünf bis zehn Personen die Abschlussprüfung im ersten Anlauf nicht; insbesondere bei der Zwischenprüfung im gehobenen Dienst verliere man Auszubildende. Dies sei ein Grund dafür, dass man die Ausbildungsstrukturen auf Bundesebene hinterfragen wolle. Im Rahmen des von der Staatssekretärin skizzierten Projekts „Steuerverwaltung SH – Fit für die Zukunft (SteuFit)“ prüfe man, inwieweit die einheitliche Behördenrufnummer 115 für Auskünfte in Steuerangelegenheit genutzt werden könne. Bei den Punkten Zentralisierung und Bürgerkontakt sei wichtig, als Arbeitgeber in der Fläche attraktiv zu bleiben und den Bürgerservice zu stärken (telefonische Unterstützung, Terminierung). Grundsätzlich führten größere Einheiten zu Effizienzgewinnen und ermöglichten mehr Flexibilität und Spezialisierung, allerdings könnten in der Steuerverwaltung ab einer bestimmten Größe wieder Verluste entstehen. Man prüfe, welche Zahl an Finanzämtern bei den derzeitigen Rahmenbedingungen das Optimum sei, um sich für die nächsten fünf bis zehn Jahre gut aufzustellen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden antwortet Herr Ramm, um die Auszubildenden noch besser auf die Prüfung (insbesondere im Einkommensteuerrecht) vorzubereiten, verfolge man folgende Maßnahmen: Probeklausur vor der Zwischenprüfung, Spezialbesprechung von Klausuren, Break vor der Zwischenprüfung und Rückkopplung im Finanzamt, individuelle Fragestunden der Dozenten, Lernplattform ILIAS, Strukturveränderungen der Ausbildung auf Bundesebene.

Auf Fragen des Abgeordneten Brandt antwortet er, die rund 400 Tarifbeschäftigten seien vorwiegend den Laufbahngruppen 1.1 und 1.2 zugeordnet und arbeiteten zum Beispiel in den

Servicestellen; klassische Betätigungsfelder könnten auch die Bereiche Bewertung und Erhebung sein; das Kerngeschäft der Veranlagung werde von ausgebildeten Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten ausgeübt. Man verfolge das Ziel, dass zukünftig qualifizierte Quereinsteiger (zum Beispiel Steuerberater, Volkswirte oder Betriebswirte) als Steuerbeamte tätig werden könnten.

Auf eine Frage von Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, bekräftigt er das Ziel, die sogenannte Autofallquote, bei der Schleswig-Holstein im Bundesdurchschnitt liege, zu erhöhen und das Steuerrecht zu vereinfachen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**3. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2024 bis 2028
Fortschreibung der Finanzplanung bis 2033**

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/2762](#)

(überwiesen am 29. Januar 2025 zur abschließenden Beratung)

**b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2025 bis 2029
Fortschreibung der Finanzplanung bis 2034**

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3712](#)

(überwiesen am 10. Dezember 2025 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies bestätigt Finanzstaatssekretär Rabe, dass die aktuelle Finanzplanung die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbe-soldung nicht berücksichtige.

Auf Anregung der Abgeordneten Raudies verabreden Finanzausschuss und Finanzministeri-um, dass sich die finanzpolitischen Sprecherinnen, Sprecher und das Finanzministerium Ge-danken machen, wie man die Struktur und Aussagekraft zukünftiger Berichte verbessern kann.

Der Finanzausschuss nimmt beide Berichte abschließend zur Kenntnis.

4. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [20/5748](#) – Lohnsteuerstellen

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, in einem Jahr darüber zu berichten, inwieweit die Empfehlungen zur Geschäftsprozessanalyse umgesetzt worden seien.

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

a) Abgeordnete Krämer nimmt Bezug auf den Artikel „Nach Ostsee-Sturmflut: Land gibt Millionen zurück“ der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung vom 14. Januar 2026 und die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dirschauer zur Verwendung der GAK-Mittel zur Überwindung der Folgen der Sturmflut von Oktober 2023, Drucksache [20/3897](#). Sie fragt die Landesregierung, welche einzelnen Küstenschutzmaßnahmen außer den in der Kleinen Anfrage genannten 16 Maßnahmen vorgenommen, wie viele Landesmittel dafür verwendet und warum keine GAK-Mittel eingesetzt worden seien. – Der Finanzausschuss will das Thema mit der Hausspitze des MEKUN in der nächsten Sitzung beraten.

b) **Nächste Sitzungen 2026, Donnerstag, 10 Uhr:**

- **22. Januar: Beteiligungsausschuss** (kein Finanzausschuss)
- **5. Februar:** Finanzausschuss (gemeinsames **Fachgespräch mit dem Sozialausschuss** zur privaten Altersvorsorge/Rente, Drucksachen [20/2859](#) und [20/2899](#) (neu) mit IfW, UV Nord, DGB, dbb, Deutsche Rentenversicherung Nord, Sozialverband Deutschland, LandesFrauenRat Schleswig-Holstein, FiscalFuture, Prof. Dr. Camille Logeay von der HTW Berlin und Beratung mit dem **MEKUN** über die Verwendung der GAK-Mittel zur Überwindung der Folgen der Sturmflut vom Oktober 2023, Drucksache [20/3897](#))
- **12. Februar:** gemeinsame vertrauliche Sitzung von Finanzausschuss, Sozialausschuss und Bildungsausschuss zum UKSH
- **19. Februar:** Finanzausschuss (u. a. Fachgespräch mit dem DGB und dem dbb zum Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der zweiten Statuserhebung zur Arbeitsfähigkeit und Gesundheit 2023/24, Drucksache [20/2933](#))
- **5. März:** Finanzausschuss

- **12. März:** Finanzausschuss (**Anhörung** zum SSW-Antrag für ein modernes Arbeitszeitrecht/**Langzeitkonten** für Beamte, Drucksache [20/3289](#), von Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, DGB, dbb, ver.di, kombi, GEW, Philologenverband, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen, Deutsche Steuergewerkschaft, Gewerkschaft der Polizei, Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Neue Richter*innenvereinigung, Verband des höheren Verwaltungsdienstes)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer